

Grüne Arbeitsplätze





Mit freundlicher Unterstützung der Europäischen Union

Impressum

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen, Königswinter
www.eza.org

Autorin: Marta Jędrych

Gestaltung: HellaDesign, Emmendingen

Illustration: © Klaus Puth, Mühlheim/Main, www.klausputh.de

Druck: Druckerei Eberwein, Wachtberg-Villip

Stand: März 2017

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	4
1	Einführung	6
2	Auswirkung auf die Arbeitsplätze	10
3	Anders wirtschaften für eine solidarische und nachhaltige Ökonomie in Europa	11
4	Was gebraucht wird	15
5	Aktionsmöglichkeiten für Arbeitnehmerorganisationen	24
6	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	26

Vorwort

Umweltverträglich zu wirtschaften, ist angesichts der zu erwartenden dramatischen Tragweite des Klimawandels und der absoluten Notwendigkeit, die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, zu einem stetigen Gebot geworden. Dieser Grundsatz ist in vielen Staaten Europas und auch in der Politik der Europäischen Kommission verankert und zu einem dauerhaften politischen Prozess geworden. EZA als Netzwerk von Arbeitnehmerorganisationen, die auf der Basis der christlichen Soziallehre agieren, ist dies vor allem aus ethischer Perspektive ein besonderes Anliegen: „Das Klima ist ein gemeinschaftliches Gut von allen für alle“, so Papst Franziskus in seiner Enzyklika *Laudato Si*.

In der EU findet dieses Ziel unter anderem Niederschlag in der „Strategie Europa 2020“, mit der intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum als Mittel zur Überwindung struktureller Schwächen der europäischen Wirtschaft, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität und zur Stärkung einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft erreicht werden soll. Auch andere Initiativen der EU verfolgen klima- und energiepolitische Ziele, so zum Beispiel der Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050 oder der Energiefahrplan 2050. Ausdrücklich wird auf den Zusammenhang der Verfolgung politischer Ansätze im Hinblick auf den Klimawandel Bezug genommen, indem konkrete Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, zur Erhöhung des Energieanteils aus erneuerbaren Quellen und zur Steigerung der Energieeffizienz formuliert werden.

Es ist klar, dass gewaltige Veränderungen, die in bedeutender Weise Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt haben werden, vonnöten sind, um diese ehrgeizigen Ziele der EU zu erreichen.

Dazu zählt der Umbau stark umweltbeanspruchender Industriezweige ebenso wie die Einführung und Weiterentwicklung umweltschonender und energie-

effizienter Technologien in vielen Wirtschafts- und Lebensbereichen. Damit entstehen wiederum neue Wirtschaftsfelder zur Herstellung, zur Nutzung und zum Unterhalt innovativer Techniken.

Selbstverständlich haben solche Veränderungen auch Auswirkungen auf die Arbeitswelt: neue Beschäftigung kann entstehen und beruflicher Qualifizierungsbedarf kann sich verändern. Solch wirtschaftliche Umgestaltungsprozesse werden aber auch Rationalisierungseffekte nach sich ziehen und zu Arbeitsplatzverlusten oder zu Strukturveränderungen führen.

All diese Fragen erfordern das Handeln von Arbeitnehmerorganisationen und ihre Befassung im sozialen Dialog. EZA hat dazu unter der Überschrift „Grüne Arbeitsplätze“ erneut eine Reihe von Seminaren durchgeführt, die sich mit ganz unterschiedlichen Aspekten umweltgerechten Handelns und den entsprechenden Herausforderungen für Arbeitnehmerorganisationen auseinandergesetzt haben.

Die vorliegende Broschüre trägt die Ergebnisse dieser Bildungsveranstaltungen zusammen und möchte – vor allem aus der Erfahrungswelt von Arbeitnehmerorganisationen – die Bandbreite aufzeigen, die dieses Thema im sozialen Dialog aufweist und entsprechende Handlungsempfehlungen geben.

Mit dieser Veröffentlichung möchten wir diese Erkenntnisse vor allem an weitere Vertreter/innen von Arbeitnehmerorganisationen sowie Politik weitergeben und einen Beitrag dazu leisten, dass Europa seiner Verantwortung mit Blick auf den globalen Klimawandel als auch seiner wirtschaftspolitischen und sozialen Verantwortung auf dem Arbeitsmarkt gerecht wird.

Ich wünsche gute Lektüre!

Sigrid Schraml
Generalsekretärin EZA

1 Einführung

Die Europäische Kommission versteht unter grünen Arbeitsplätzen alle, die einen Umweltbezug haben oder im Zuge eines Übergangsprozesses zu einer stärker ökologisch ausgerichteten Wirtschaft neu geschaffen oder ersetzt wurden oder eine Neuausrichtung erfahren haben, und zwar im Hinblick auf Kompetenzen, Arbeitsmethoden, Verstärkung ihres ökologischen Profils usw.¹ Es ist also jede berufliche Tätigkeit, die Ökosysteme schützt, Energie und Rohstoffe einspart, erneuerbare Energien einsetzt, Abfall und Verschmutzung reduziert, um damit zum Schutz der Umwelt und zur Bekämpfung des Klimawandels beizutragen.

Wichtig ist dabei, dass grüne Arbeitsplätze auf zwei Arten verstanden werden können: erstens sind es Berufe im Bereich Ökologie und zweitens sind es solche Berufe, die möglichst ökologisch ausübt werden. Demnach könnten unter dem zweiten Aspekt alle Arbeitsplätze grüner werden.

Es handelt sich aber dabei nicht nur um Umweltschutz, sondern auch darum, Arbeitsplätze menschenwürdiger zu gestalten. Das ist eine wichtige Komponente grüner Arbeitsplätze.

Warum ist das Thema gerade jetzt wichtig?

Um die Klimaziele der EU erreichen zu können, müssen die Anstrengungen intensiviert werden, was alle angeht: Politiker, Unternehmer, Sozialpartner sowie jeden einzelnen Menschen.

¹ „Grüne Arbeitsplätze und Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit: Vorausschau auf neu auftretende Risiken im Zusammenhang mit neuen Technologien bis 2020. Zusammenfassung“, Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, 2013, S. 5

Mit der Strategie Europa 2020 möchte die Europäische Union eine intelligente, nachhaltige und integrative Volkswirtschaft werden. Die Strategie legt ehrgeizige Ziele fest, zum Beispiel die Beschäftigung von 75% der 20- bis 64-jährigen bis 2020.

Das dazugehörige Beschäftigungspaket befasst sich vorrangig mit der arbeitsplatzintensiven Erholung von der Krise und definiert drei Sektoren mit großem Beschäftigungspotenzial, zu denen auch der grüne Wirtschaftszweig zählt.

International greifen sowohl das Pariser Klima-Abkommen, als auch die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen die Frage nach Beschäftigung im grünen Sektor auf.

„Diese Wirtschaft tötet“, klagt Papst Franziskus in seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ an und macht mit diesen Worten auf die soziale Spaltung und die Zerstörung der Natur aufmerksam. Es sei ein Punkt erreicht, wo ein „Weiter so“ nicht mehr funktionieren und ein Ende der Natur- und Gesellschaftszerstörung herbeigeführt werden müsse.

Auch bei EZA wird seit einigen Jahren die Frage nach „grünen Arbeitsplätzen“ immer wieder aufgegriffen. Sie nimmt breiten Raum ein in einer Analyse des Beschäftigungspaketes zur Strategie „Europa“ 2020 der EU², und verschiedene Aspekte von Beschäftigung in diesem Bereich wurden in Seminarprojekten thematisiert. Auch die von Papst Franziskus angestoßene Debatte über die ethische Dimension von Umwelt, Gesellschaft und Beschäftigung wird bei EZA aufgegriffen.

² Die Qualität neuer Arbeitsplätze und Herausforderungen für Arbeitnehmerorganisationen: Das Beschäftigungspaket Europa 2020 und die Qualität der Arbeitsplätze im grünen Wirtschaftszweig, dem IKT- und dem Pflegesektor, Monique Ramioul, Lise Szekér und Sem Vandekerckhove; EZA: Beiträge zum sozialen Dialog, Nr. 18, Königswinter 2014

In diesem Zusammenhang freut also besonders die Initiative, alle Seminare zum Thema Ökologie in einer Projektkoordinierung zusammenzubringen, um ihnen die angemessene Bedeutung einzuräumen.

Im Rahmen der Projektkoordinierung „Grüne Arbeitsplätze“ wurden 2016 insgesamt fünf Seminare organisiert:

1. „Die Herausforderungen der ökosozialen Marktwirtschaft“, CNV (Christeljk Nationaal Vakverbond), Belgrad, 19. bis 21. April 2016
2. „Nachhaltige Entwicklung im Bereich der Energie – Schaffung von Arbeitsplätzen“, AFB (Arbeiter-, Freizeit- und Bildungsverein), Brixen, 6. bis 8. Mai 2016
3. „Arbeitsplätze in einer grünen Wirtschaft – Sichtweise der Gewerkschaften. Sozialer Dialog für umweltfreundliche und würdige Arbeitsplätze“, NKOS (Nezávislé krestanské odbory Slovenska), Bratislava, 9. bis 12. Juni 2016
4. „Schaffung von Qualifikationen und Beschäftigung für die grünen Wirtschaftszweige der Zukunft“, CET (Centre Européen du Travail), Brüssel und Namur, 23. bis 24. Juni 2016
5. „Solidarische Ökonomie – Anders wirtschaften in Europa“, KAB Deutschlands (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V.), Linz, 28. August – 3. September 2016

In den Seminaren wurde eine Vielfalt an Methoden sowohl des theoretischen als auch des praktischen Lernens eingesetzt. Der theoretische Teil des Programms wurde in Form von Vorträgen, Länderberichten, Vorstellungen von Projekten und Forschungen sowie Diskussionen durchgeführt. Dazu wurden

herausragende Fachexperten und Praktiker eingebunden, wie Josef Riegler, Mitbegründer des Konzepts der ökosozialen Marktwirtschaft.

Praktische Aspekte wurden vor allem in Form von Studienbesuchen realisiert. Die Teilnehmer hatten die Gelegenheit, eine Biomasseanlage in Südtirol zu besichtigen, ein in einem ehemaligen Kraftwerk eingerichtetes Bildungszentrum in der Slowakei kennenzulernen, sich eine „Urbanfarm“ in Linz anzusehen und die Gewerkschaft BIE (Bouw-Industrie & Energie) für Bau, Industrie und Energie in Brüssel zu besuchen. Eine durchgängig praktische Betonung hatte das Seminar in Linz, das vornehmlich mit interaktiven und kreativen Arbeitsmethoden durchgeführt wurde, wie Theater, Collage, Plakatausstellung, Green check im Hotel oder Vorbereitung eines Pixi-Buches.

2 Auswirkung auf die Arbeitsplätze

Die heutigen Umweltphänomene, wie der Klimawandel, aber auch der ökologische Ansatz als Antwort darauf, ändern die Arbeitsmarktstruktur wesentlich.

Eine Menge Arbeitsplätze gab es bis jetzt im Sektor der Erzeugung von fossiler Energie und dem Umgang damit. Die Umstellung auf erneuerbare Energien verursacht voraussichtlich Arbeitsplatzverluste in diesem Sektor. Die alten Arbeitsplätze verschwinden, und erforderlich sind völlig neue. Das ist eine riesige Herausforderung. Auch wenn durch die Energiewende mittelfristig nur geringe Netto-Beschäftigungszuwächse zu erwarten sind, so wird sich Beschäftigung sowohl hinsichtlich der Regionen als auch in Bezug auf die entsprechenden Branchen stark verlagern. Die betroffenen Arbeitnehmer müssen bei diesen Veränderungen mitberücksichtigt werden, z. B. durch spezifische Berufsausbildung; es werden nämlich neue Tätigkeiten im Bereich erneuerbare Energien entstehen, die aber ganz andere Fähigkeiten voraussetzen.

Investitionen und umfassende Innovationsstrategien sind Schlüsselfragen bei Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen entlang der gesamten Wertschöpfungskette bei Industrie und Dienstleistungen. Vor allem in „klassischen“ Branchen, wie dem Maschinenbau oder der Chemieindustrie, können durch Innovationen für die Energiewende Arbeitsplätze erhalten und ausgebaut werden.

Der Klimawandel beeinflusst Tourismus und Arbeitsplätze in diesem Sektor. Als Beispiel kann erwähnt werden, dass sich in den Gebirgen die Vegetation wegen der globalen Erwärmung nach oben bewegt und immer mehr Skipisten keinen Schnee mehr haben. Arbeitsplätze in solchen Regionen sind ernsthaft bedroht.

3 Anders wirtschaften für eine solidarische und nachhaltige Ökonomie in Europa

Ein nachhaltiges Europa braucht alternative Wirtschaftsmodelle, die solidarische Konzepte voraussetzen. Die Europäische Union ist gefragt und kann Vorreiter für ein anderes Wirtschaften sein, das für einen achtsamen und nachhaltigen Umgang mit der Natur sorgt und soziale Gerechtigkeit garantiert. Folgende Modelle sind Beispiele solchen solidarischen und nachhaltigen Wirtschaftens.

3.1 Ökosoziale Marktwirtschaft – ein Projekt für Gerechtigkeit und Frieden

Das Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft wurde erstmals in den 1980er Jahren von dem österreichischen Politiker Josef Riegler entwickelt, der aus Sorge um die Umwelt verlangte, dass die soziale Marktwirtschaft durch die Komponente „ökologische Verantwortung“ ergänzt wird.

Soziale Marktwirtschaft sei demnach ein europäisches Erfolgsmodell, ein erfolgreiches Wirtschaftskonzept und Basis für Gemeinwohl und Lebensqualität. Dies reiche jedoch heutzutage nicht mehr aus. Es müsse eine ökosoziale Marktwirtschaft eingeführt werden, die das Gleichgewicht dreier Elemente voraussetze: Marktwirtschaft, Ökologie und soziale Dimension. Mit anderen Worten: Wirtschaft, Umwelt und sozialer Frieden. Das Ziel sei nachhaltige Entwicklung.

Die ökosoziale Marktwirtschaft sei ein Modell für eine Welt im Ausgleich, eine neue Synthese zwischen Wirtschaft, Sozialem und Ökologie, ein Mehrwert für Mensch, Natur und Gesellschaft. Ökonomie, Ökologie und Soziales würden in diesem Konzept zu gleichwertigen Zielen. Entscheidend sei jedoch

die richtige Balance zwischen den drei Eckpunkten. Berücksichtigen müsse man aber auch kulturelle und religiöse Aspekte, da diese zum Konfliktherd werden könnten.

Die ökosoziale Marktwirtschaft könne, entgegen mancher Befürchtungen, in jedem Land Schritt für Schritt eingeführt werden und die Besonderheiten jedes Landes berücksichtigen.

3.2 Regionales Wirtschaften – Genossenschaften als Gegengewicht zu Konzernen

Ein Weg in Richtung Nachhaltigkeit könnte regionales Wirtschaften sein nach dem Motto „So lokal/regional wie möglich, so global wie nötig“.

Heutzutage werden die meisten Arbeitsplätze von großen Konzernen angeboten, die der Umwelt oft sehr schaden. Alles ist ihren Interessen untergeordnet und ihr Ziel ist nur, die Gewinne zu maximieren. Viele Firmen prahlen mit ihren Corporate Social Responsibility (CSR) Aktivitäten, während sie unethisch handeln. Nach außen zeigen sie ihr soziales, umweltfreundliches und caritatives Gesicht. Dies ist aber oft bloßes Marketing, wenn sie ihre Arbeitnehmer schlecht behandeln und unökologisches Verhalten aufweisen. Oftmals bezahlen sie lieber Geldstrafen für von ihnen zu verantwortende Umweltverschmutzung, da es für sie profitabler ist, als die Art und Weise ihres Funktionierens zu ändern. Mehr Wirtschaftsethik wäre hier wünschenswert und erfolgreicher als CSR.

Klimawandel hat meist wenig Auswirkungen auf diejenigen, die ihn verursachen, sondern in viel stärkerem Maße auf die Ärmsten. Als eine Antwort auf die privilegierte Stellung der Konzerne wird genossenschaftliches Wirtschaften gebraucht, um die Umwelt und die Arbeitsplatzqualität zu schützen. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Energie- oder Wassergenossenschaften.

Wichtig ist hier die Unterstützung der Entwicklung des ländlichen Raums und des Tourismus sowie die Ver- und Bearbeitung lokaler traditioneller Produkte im kleinen Maßstab. Dies kann viele Qualitätsarbeitsplätze hervorbringen, die zugleich umweltfreundlich sind.

Regionales Wirtschaften kann als eine Lösung des Globalisierungsproblems der starken Abhängigkeit der Länder untereinander angesehen werden. Ein größerer Anteil an regionalem Wirtschaften würde das Wegbrechen von Exportmärkten weniger problematisch machen.

Es sollte aber auch eine Deindustrialisierung vermieden und darauf gebaut werden, was schon vorhanden ist. Es sollte eine Reindustrialisierung geben, die vorrangig auf kleinen Unternehmen basiert, die erneuerbare Energien einsetzen.

3.3 Sharing Economy – ein Modell gegen Ressourcenverschwendung

Sharing Economy ist gekennzeichnet durch die gemeinsame zeitlich begrenzte Nutzung von Ressourcen, die nicht dauerhaft benötigt werden. Es handelt sich um Teilen, Austausch und Vermietung von Ressourcen, ohne sie zu besitzen. Ob praktiziert zwischen Einzelpersonen oder zwischen Unternehmen und Verbänden, können solche Modelle helfen, die Nutzungsdauer von Ressourcen und zu verbrauchenden Waren zu erhöhen. Zum einen schützt dieses Modell die Umwelt, zum anderen stärkt es gesellschaftliche Bindungen und die zwischenmenschliche Solidarität, wenn es als Basis Gemeinwohl orientierte Ansätze hat.

3.4 Vorsorgendes Wirtschaften – Vorbeugen ist besser als Reparieren

Dieses Konzept setzt auf Vorsorge statt Reparatur. Kennzeichnende Elemente sind hier: Vorsicht, Voraussicht, Umsicht, Übersicht und Rücksicht. Als Ausgangspunkt werden die Bedürfnisse aller Beteiligten betrachtet.

Vorsorgendes Wirtschaften kennzeichnet sich auch durch das Prinzip der „Kooperation statt Konkurrenz“. Betont werden gemeinsame Verständigungsprozesse und die Suche nach lebensfreundlichen und naturverträglichen wirtschaftlichen Formen.

Eine andere Grundregel ist darüber hinaus die Verantwortungsübernahme für die Mitwelt und zukünftige Generationen sowie die Orientierung auf ein gutes Leben und die Entwicklung im gemeinsamen Diskurs dazu, was gutes Leben ist.

4 Was gebraucht wird

Vieles kann geschafft werden, um nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Grundsätzlich ist es jedoch erforderlich, Haltungen und Denkweisen zu ändern. Das ist das Wichtigste und unerlässlich auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Das andere ist, konkrete technische Lösungen dort einzuführen, wo sie viel für Nachhaltigkeit bewirken können.

4.1 Werte und Gesetze

Arbeitsplätze zu schaffen, die sozialen Mehrwert schaffen sowie die Umwelt zu schonen, wäre eine unmögliche Aufgabe, wenn damit nicht ein Wertewandel einhergehen würde. Zentrale Fragen dabei müssen sein: Was ist ein gutes Leben? Was brauchen wir? Was sind die Grundlagen guten Wirtschaftens?

Die europäischen Gesellschaften einen gemeinsame Werte, wie Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Respekt der Menschenrechte. Auch wenn diese theoretisch als wichtig anerkannt sind, sollten ihnen eine wirkliche, führende und praktische Rolle zukommen. „Einheit in Vielfalt“, eine Grundlage des gemeinsamen Europas, ist das erfolgreichste Friedensprojekt. Das Entscheidende am Erfolg ist die Wertegemeinschaft. Umweltschutz verlangt solidarisches Handeln und muss eine internationale Aufgabe werden. Häufig werden jedoch die ökologischen Probleme zu einer regionalen Angelegenheit – jeder kümmert sich nur darum, was um ihn herum geschieht.

Eine Rückkehr zum Subsidiaritätsprinzip ist erforderlich, also große Aufgaben gemeinsam auf höherer Ebene, kleinere Aufgaben aber so nahe wie möglich bei den Bürgern zu lösen.

Es sollte eine Aufgabe für Arbeitnehmerorganisationen sein, eine solidarische und nachhaltige Ökonomie in Europa zu entwickeln. Die Solidarität ist allerdings eine Herausforderung. Sie ist unter Gleichen einfach, aber unter Ungleichen ist sie schwierig. Nachhaltigkeit benötigt zudem soziale Gerechtigkeit.

Es muss eine Umstellung geben von einer Wirtschaft des Raubbaus auf eine Zivilisation der Nachhaltigkeit. Hier spielen Ethik und Verantwortung eine Schlüsselrolle. Ein Mangel an beiden führt zu Verhaltensformen, die eine ökologische Katastrophe hervorrufen. Als Beispiel kann dienen, dass heutzutage alle möglichen Geräte so produziert werden, dass sie bald und oft irreparabel kaputt gehen, so dass der Konsum immer weiter steigt. Dies hat dazu geführt, dass sich eine Wegwerfmentalität entwickelt hat, anstatt Güter zu reparieren. Als Folge gibt es ein steigendes Müllaufkommen von fast neuen Geräten. Es werden Initiativen wie die der schwedischen Regierung gebraucht, die eine Steuerentlastung für die Reparatur beschädigter Gegenstände einführt, um das Abfallvolumen zu reduzieren.

Um mehr im Einklang mit der Natur zu leben, brauchen die Menschen auch einen nachhaltigen Lebensrhythmus. Dazu dient der Sonntag als gemeinsamer Ruhetag, was heutzutage weit vergessen wird. Es ist eine Aufgabe für Arbeitnehmerorganisationen, diesen Lebensrhythmus zu schützen. Eine stärkere Umsetzung von entsprechenden flexiblen Arbeitszeitmodellen könnte auch diesen Lebensrhythmus fördern.

4.2 Bewusstsein und Bildung

Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung beginnen mit einer Bewusstseinsveränderung von reinem Egoismus und Kapitalismus zu Verantwortung und Solidarität als eine Bedingung der Nachhaltigkeit. Die Entwicklung von weltweit verbindlichen Werten (Weltethos) ist notwendig und eine Haltung

erforderlich, in der sich jeder einzelne verantwortlich fühlt. Schließlich beginnt Bewusstseinswandel von unten.

Bewusstseinswandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung benötigt daher gute Bildung. Umweltbildung ist eine Grundlage für besseren Umweltschutz. Wichtig ist dabei, dass Bildung nicht auf bloße Informationsübermittlung beschränkt bleibt, sondern auch gute Gewohnheiten und Haltungen ausprägt. Entscheidend dabei sind die Beteiligung der Schulen und die Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen zu Themen wie nachhaltiges Wirtschaften und Umweltschutz. Um dies effektiv zu gestalten, sollte der Ausbildung von Trainern in dieser Hinsicht mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die zentrale Rolle sollten hier aber die Familien als die Gemeinschaften spielen, in denen Verhaltensweisen und Gewohnheiten gelebt, eingeübt und gepflegt werden³. Deswegen sollte auch mit Eltern gearbeitet werden, damit diese eine ökologisch bedingte Denkweise gewinnen, die sie an ihre Kinder weitergeben.

Einerseits ist die Bewusstseinsbildung von großer Bedeutung, andererseits sollten auch die Kernkompetenzen für Umweltschutz entwickelt werden. Um das zu erreichen, sollten Schüler und Studenten ermuntert werden, MINT-Fächer⁴ zu studieren, die eine Grundlage für ökologisches Wissen und fortgeschrittene Umweltschutzkompetenzen bieten.

Menschen mit weit entwickeltem Umweltbewusstsein praktizieren oft eine Haltung des Minimalismus – ein einfaches Leben, das sich als Alternative zur konsumorientierten Überflusgesellschaft sieht. Kernfragen dabei sind: „Brauche ich all das, was ich habe? Brauche ich mehr, als ich schon habe?“ Eine ehrliche Antwort kann zu einer Art ökologischer Selbstzufriedenheit

³ Siehe: Enzyklika „Laudato si“, Papst Franziskus, 2015, § 213

⁴ Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

führen, in der es insbesondere um Verhaltensänderungen in Richtung von Selbstbegrenzung und Konsumverzicht als Mittel des Umweltschutzes geht.

Damit verbunden ist das Konzept des bewussten Einkaufens. Konsumenten müssen wissen, was sie kaufen und das Recht haben zu entscheiden, ob unethisch hergestellte Produkte oder unangemessen verpackte Waren gekauft oder diese eher boykottiert werden. „Das Kaufen [ist] nicht nur ein wirtschaftlicher Akt, sondern immer auch eine moralische Handlung.“⁵ Es ist eine wichtige Einflussmaßnahme, die Produktions- und Verkaufsprozesse ethischer gestalten kann.

4.3 Wachstumsmythos abbauen

Es sollte gesehen und eingestanden werden, dass wirtschaftliches Denken vielfach vom Wachstumsgedanken geprägt ist. Demnach muss Wirtschaft ständig wachsen und Menschen müssen immer mehr konsumieren. Es ist Mehrheitsmeinung, dass es ohne Wirtschaftswachstum keinen Wohlstand für alle geben würde und dass Menschen immer mehr konsumieren wollten. Dies hat zur Folge, dass in Europa so viele Güter konsumiert werden, dass oft die Zeit fehlt, sie alle zu nutzen.

„Die Idee eines unendlichen und grenzenlosen Wachstums [...] setzt aber die Lüge bezüglich der unbegrenzten Verfügbarkeit der Güter des Planeten voraus, die dazu führt, ihn bis zur Grenze und darüber hinaus „auszupressen“. Es handelt sich um die irrige Annahme, dass man über eine unbegrenzte Menge von Energie und Ressourcen verfügen könne, dass diese sofort erneuerbar und dass die negativen Auswirkungen der Manipulationen der natürlichen Ordnung problemlos zu beheben seien.“⁶

5 Enzyklika „Caritas in veritate“, Papst Benedikt XVI, 2009, § 66; zitiert nach: Enzyklika „Laudato si“, Papst Franziskus, 2015, § 206

6 Enzyklika „Laudato si“, Papst Franziskus, 2015, § 106

Demnach müsse anerkannt werden, dass bloßes Wachstum keine Priorität sein sollte. Wirtschaftswachstum führe zu Überkonsum, aber nicht zwingend zu mehr Lebensqualität. Der Wachstumszwang der Wirtschaft habe dazu geführt, dass mehr produziert als verbraucht würde, wobei Konsum Grenzen habe. Vom wirtschaftlichen Wachstum profitierten nur wenige. Anstatt Wachstum würde nachhaltige Entwicklung gebraucht.

4.4 Das Grünen von Arbeitsplätzen

Eine gerechte und nachhaltige Wirtschaft muss die natürliche Umwelt schützen und gut bezahlte, menschenwürdige Arbeitsplätze bieten. Das Potenzial für grüne Arbeitsplätze besteht in allen Ländern und auf allen Ebenen der wirtschaftlichen Entwicklung. Grüne Arbeitsplätze erfordern eine breite Palette von Fähigkeiten, Bildungshintergründen und Berufsprofilen. Sie tragen dazu bei, schädliche Umweltauswirkungen, die von Wirtschaftszweigen und Unternehmen ausgehen, auf ein nachhaltiges Niveau zu senken.

Um grüne Arbeitsplätze zu gestalten, müssen Nachhaltigkeitsaspekte in alle Berufe integriert werden, was bedeutet, jeden Beruf daraufhin zu analysieren, wie man ihn ökologischer machen kann. Nach einer solchen Analyse sollten Arbeitnehmer in diesen ökologischen Aspekten aus- und fortgebildet werden. Kernkompetenzen für grüne Wirtschaft müssen benannt, analysiert, anerkannt und geschaffen werden.

Es gibt drei Gruppen solcher Kernfähigkeiten:

- wissensbasierte Kompetenzen (Naturwissenschaften, Finanzen, Technologien),
- verhaltensbasierte Kompetenzen (Problemlösung, kritischer Ansatz, Kreativität, Kommunikation, Zusammenarbeit),
- persönliche Kompetenzen (Neugier, Initiative, Ausdauer, Anpassungsfähigkeit, Führung, soziale und kulturelle Kompetenzen).

Die Ausbildung ist umso wichtiger, als grüne Arbeitsplätze oft sehr spezialisierte Tätigkeiten beinhalten. Ein wichtiger Schritt wären Veränderungen im Bildungssektor, um Wissen zur Gestaltung grüner Wirtschaft in aktuelle Lehrpläne einzubinden. Berufsprofile müssen neu formuliert werden, wenn sich die in einem Beruf notwendigen Kompetenzen ändern. In diesem Prozess sollten Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen.

Bei der Schaffung von Qualitätsarbeitsplätzen, die eine positive Auswirkung auf die Umwelt hätten, sind zwei Kernfaktoren entscheidend: Humanressourcen und Innovationen. Menschen sind dann besonders innovativ, wenn sie zusammenarbeiten. Deswegen sind Forschungs- und Innovationszentren ebenso nötig wie Firmen, die nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch wertgebunden sind.

4.5 Die Energiewende

Kernbereiche der Energiewende sind: die Dekarbonisierung der Energieversorgung, der Ausstieg aus der Kernenergie und die Verringerung der Treibhausgasemissionen unter Beibehaltung eines hohen Wohlstandsniveaus. Sich auf erneuerbare und saubere Energiequellen zu konzentrieren, sollte auf der Prioritätenliste ganz oben stehen.

Es wird eine ausreichende, ökologisch und sozial gerechte Energieversorgung gebraucht, die über moderne, umweltschonende Infrastrukturen zur Energieproduktion und -übertragung verfügt. Erforderlich ist auch die Abkehr von fossilen Energieträgern und stärkere Nutzung ortsnaher, regenerativer Energiequellen.

Eine Energiewende hätte die Perspektive einer dauerhaft kostengünstigen, sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung. Der entsprechende Umbau ist aber ein kostspieliger Prozess. Die jetzigen Markteinführungskosten für erneuerbare Energien sollten jedoch als wichtige Investitionen in die

Zukunft für eine kostengünstige und sichere Energieversorgung betrachtet werden. Es geht um die „Vorfinanzierung“ eines Transformationsprozesses über 30 bis 40 Jahre, an dessen Ende eine kostengünstige, umweltfreundliche und sozial gerechte Energieversorgung stehen kann.

Eine Energiewende könnte aber auch negative Konsequenzen haben, die auf jeden Fall verhindert werden müssten, wie die Bedrohung von Arbeitsplätzen und Wohlstand, die Zunahme von Energiearmut, Gefahren für die Stromversorgungssicherheit, die Verschärfung von Verteilungskonflikten oder das Entstehen einseitiger wirtschaftlicher Gewinne.

4.6 Umweltschutz rentabel machen

Umweltschutz muss sich lohnen, und Umweltzerstörung muss unwirtschaftlich werden. Es sollte bewusst werden, dass sich Umweltschutz lohnt und damit tatsächlich Geld verdient werden kann. Das Steuersystem muss den Umweltschutz attraktiv machen. Das Umweltstrafrecht muss strenger und effektiver angewandt werden und Manager, wie auch Firmen, bestrafen, denn persönliche Verantwortung könnte in diesem Hinblick effizienter wirken.

Neben dem Energiepreis ist die verbrauchte Energiemenge für die Höhe der Kosten ausschlaggebend. Insofern müssten Energieeffizienz und -einsparung höchste Priorität genießen, um die Kosten des Verbrauchs zu stabilisieren. Derzeit wird Energie noch in hohem Masse verschwendet. Sowohl Haushaltsgeräte als auch ganze Häuser lassen sich energieeffizienter gestalten.

Ökologische Lösungen ziehen meist Geldersparnis nach sich. Erneuerbare Energien werden dadurch immer kostengünstiger, dass sich ihre Produktions- und Distributionstechnologien ständig verbessern. Traditionelle Kraftwerke hingegen veralten immer mehr und erfordern hohe Investitionen in Renovierung, was sich oftmals nicht mehr lohnt.

4.7 Das Grünen von Häusern

Eine der Lösungen, die den Klimawandel verlangsamen könnten, ist der energieoptimierte (energiesparende) Neubau von Wohnraum, sowie die energetische Sanierung („das Grünen“) bestehender Gebäude. Auch wenn die Konstruktion solcher Bauten teurer ist, so sind sie in der Nutzung billiger, also auf längere Sicht rentabel.

Beim Bau ist auch wichtig, ökologische Materialien und unbedenkliche Dämmstoffe zu verwenden. Nachhaltiges Bauen und der Einsatz umweltfreundlicher Werkstoffe sind sowohl für die Gesundheit der Bewohner als auch für die langfristigen Betriebskosten der Gebäude von Vorteil. Nicht zu vergessen ist der Zusatznutzen für die Umwelt.

Um den Bau von Klimahäusern zu verbreiten, wären Steuervorteile und Fördermittel von Belang. Ein Ansporn könnten auch billigere Wohnhauskredite für den Bau von energieeffizienten Häusern sein, was bereits in einigen Ländern umgesetzt wird.

4.8 Fahrzeugobsession loswerden

Eine andere Lösung, die breit angewandt werden kann, ist eine Befreiung von der „modernen Fahrzeugobsession“, wie der österreichische Professor em. Hermann Knoflacher es in seinem Beitrag nannte. Autofahrer würden symbiotische Verbindungen mit dem Auto eingehen, würden autoabhängig und das Auto würde gar die Hirntätigkeit und die Wahrnehmung beeinflussen. „Man denkt jetzt mit dem Auto“, wobei das Auto-zentrierte Verkehrssystem die Lebensqualität nicht erhöht habe, im Gegensatz zu den Erwartungen. Die Investitionen in ein vom Auto dominiertes Verkehrssystem hätten nicht die angekündigte Lebensqualitätssteigerung gebracht.

Es gebe derzeit eine innere räumliche Funktionstrennung zwischen Wohnen und Arbeiten bei gleichzeitig zwingender räumlicher, finanzieller und organisatorischer Funktionsbindung an das Auto. Der Verkehr sei losgelöst von Folgewirkungen auf Raumplanung und umgekehrt. Als Folge ist die Zeit, die heutzutage unterwegs verbracht würde, dieselbe wie es vor Jahren war. Davor wäre alles nah gewesen und zu Fuß erreichbar. Jetzt sei alles weit weg entfernt, und man fahre mit dem Auto. Die benutzte Zeit sei dieselbe. Die Gesundheits-, Umwelt- und Finanzkosten seien viel höher. Es würde auch immer deutlicher, dass die Freiheit der Verkehrsmittelwahl eine Illusion sei. Sie würde ohne Zweifel durch die Strukturen bestimmt.

Die gedankliche Verbindung zwischen Mensch und Auto müsse gebrochen werden, und das Auto sollte auch nicht mehr als Statussymbol angesehen werden. Es könne nicht mehr bevorzugtes Transportmittel sein. Wenn das Auto nicht mehr als ein selbstverständliches Richtmaß für die Verkehrspolitik betrachtet würde, käme wieder eine Entwicklung in Gang, in der Kommunikationsräume, sozialer Zusammenhalt und lokale Wirtschaftskreisläufe an Bedeutung gewännen. Dabei sei sicher: Das „Zu-Fuß-Gehen“ brächte mehr Nutzen als das „Mit-dem-Auto-Fahren“, und es handele sich nicht nur um gesundheitliche und ökologische Folgen. Studien zeigten weltweit ganz deutlich, dass Fußgänger mehr Geld in Städten ausgeben würden als Autofahrer, während Autos mehr Platz besetzten und mehr Kosten verursachten.

5 Aktionsmöglichkeiten für Arbeitnehmerorganisationen

Alle sind mitverantwortlich, Arbeitsplätze umweltgerechter zu gestalten. Vieles kann unternommen werden, wenn der Wille besteht, grüner zu leben und zu arbeiten und sich Gedanken dazu zu machen, was getan werden kann. Arbeitnehmerorganisationen sollten sich selbst verpflichtet fühlen, das Grünen von Arbeitsplätzen zu fördern und zu verbreiten. Nachfolgend einige Ideen dazu.

5.1 Bildung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber

Eine wichtige Herausforderung für Arbeitnehmerorganisationen sollte es sein, Arbeitnehmern bewusst zu machen, dass ihre Arbeitsplätze umweltfreundlicher werden können. Es ist eine relevante Bildungsaufgabe für Arbeitnehmerorganisationen, den Menschen die Art und Weise zu zeigen, wie Arbeitnehmer daran beteiligt werden können, dass ihre Berufe umweltfreundlicher werden können.

Darüber hinaus spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle bei der Veränderung der Einstellung der Arbeitgeber. Sie sollten sie ermutigen, Arbeitsplätze umweltgerecht umzugestalten, und auch für ein sichereres und gesünderes Arbeits- und Lebensumfeld werben. Sie könnten die besten grünen Lösungen in diesem Bereich fördern und damit andere Arbeitgeber zu einem solchen Verhalten motivieren.

Arbeitnehmerorganisationen sollten konkrete Felder suchen, in denen für Nachhaltigkeit gesorgt werden kann und neue Lösungen entstehen können, und dafür Lobbyarbeit betreiben. Ein gutes Beispiel kann die öffentliche Auftragsvergabe sein, wo als Zugangsbedingungen grüne Aspekte sowie anständige Arbeitsbedingungen verlangt werden könnten.

5.2 Green check

Jede Organisation und jede Arbeitsstelle könnte einem „Green check“ unterworfen werden. Wird immer doppelseitig gedruckt, wenn dies möglich ist? Werden Namensschilder mehrfach genutzt? Werden Papier- oder Plastikmappen verwendet? Werden Getränke aus Glas- oder Plastikflaschen angeboten? Werden umweltfreundliche Hotels bei der Ausrichtung von Bildungsveranstaltungen ausgewählt? Werden die Teilnehmer ermutigt, mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen? Es gibt eine Unmenge solcher Fragen, die allen helfen können, Bildungsarbeit umweltgerechter zu organisieren.

5.3 Öffentlichkeitsarbeit

Arbeitnehmerorganisationen verfügen über ein breites Spektrum von neuen Aktionsformen wie Flashmob und Werbeclips über Pressearbeit und soziale Netzwerke bis zu nationalen und europäischen Befragungen und Petitionen in der Öffentlichkeitsarbeit. All dies kann je nach Zielgruppe effektiv eingesetzt werden.

6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

So wie bisher weiterzumachen, ist keine Option mehr. Es sollte ein weltweites System entwickelt werden, um nachhaltige wirtschaftliche Praktiken, die ökologisch verantwortlich sind, zu erforschen. Auch muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Umweltschutz insgesamt von Vorteil ist. Ein solcher Bewusstseinswandel ist sehr wichtig und setzt gute Bildung voraus.

Dazu sind drei Punkte wichtig: globales Bewusstsein, weltweit verbundene ethische Normen für menschliches Handeln und geteilte Verantwortung.

Politik muss in der globalisierten Wirtschaft ihre gestaltende Kraft wiedergewinnen. Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Verbund ist mitentscheidend für den Erfolg nachhaltiger Entwicklung. Umweltschutz verlangt solidarisches Handeln und muss eine internationale Aufgabe werden. Vorgeschlagene Lösungen dürfen nicht nur den Interessen einiger weniger Länder dienen.

Das Handeln muss von einer Haltung der Verantwortung für die jetzige und die kommenden Generationen geprägt sein. Nicht bloßes Wachstum ist gefragt, sondern eine nachhaltige Entwicklung.

Ein nachhaltiges Europa braucht alternative, solidarische Wirtschaftsmodelle, wie ökosoziale Marktwirtschaft, dem Gemeinwohl verpflichtete sharing economy, regionales/vorsorgendes Wirtschaften.

Die Aufgabe der Politik ist es, Arbeitsplatz- und Innovationspotential durch aktive und nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik zu entwickeln.

Arbeitsplätze müssen auf ethischen Grundlagen aufgebaut werden. Dort, wo neue Arbeitsplätze entstehen, muss „gute Arbeit“ durchgesetzt und verbindlich festgeschrieben werden, wenn staatliche oder staatlich induzierte Fördergelder fließen oder Entlastungen gewährt werden.

Die Kernkompetenzen für grüne Wirtschaft müssen genannt, analysiert, bescheinigt und geschaffen werden. Jeder Beruf kann umweltgerechter werden. Um dies zu erreichen, sollten „Green Checks“ für alle Berufe durchgeführt werden.

Voraussetzung für die Umstellung auf eine grüne Wirtschaft ist die Einbindung der Sozialpartner auf allen Ebenen. Partizipation schafft Transparenz und Legitimation für eine ökologische Transformation. Partnerschaften und Netzwerke sollten zur Grundlage einer neuen Nachhaltigkeitskultur werden.

Einer der entscheidenden Faktoren für nachhaltige Entwicklung ist der soziale Dialog. Die Regionen, die viele erneuerbare Energien nutzen, haben in der Regel eine lange Geschichte des sozialen Dialogs. Wo sozialer Dialog schwach ist, ist es schwierig, auf kohlenstoffarme Wirtschaft umzustellen. Es ist also erforderlich, die Rolle des sozialen Dialogs vor allem dort zu stärken, wo er am schwächsten ist.

Die zukünftigen Szenarien des Klimawandels werden sich sowohl auf die Industriesektoren und Bautechniken auswirken und neue Energieversorgungssysteme erfordern als auch auf das tägliche Leben vieler Menschen, weil komfortable Mobilitäts-, Heizungs- und Kühlungsgewohnheiten und die diese bestimmenden Verbrauchsmodelle herausgefordert werden.

Der Wandel in Richtung Nachhaltigkeit muss von den beteiligten Akteuren und dem Staat aktiv begleitet werden, um soziale Härten zu vermeiden und neue Beschäftigungschancen zu schaffen.

Die Kostenverteilung der Energiewende sollte stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Ziel sollte sein, die notwendigen Kosten des Umbaus gerechter zu verteilen und einseitige Überlastungen einzelner Verbrauchergruppen zu vermeiden. Zudem sollte eine Finanzierung der Energiewende grundsätzlich vorrangig aus Steuermitteln erfolgen.

Für Energieaudits, die laut der EU-Norm für Großunternehmen verpflichtend sind, sollten die kleinen und mittleren Unternehmen finanzielle Förderung bekommen können.

Strukturbrüche müssen vermieden werden, insbesondere in Regionen mit sehr einseitig ausgerichteter Wirtschaftsstruktur.

Gebäudeenergieumrüstungen zusammen mit der Nutzung erneuerbarer Energiequellen wie Wind- und Solarenergie sind wesentliche Maßnahmen zum Klimaschutz im Streben nach einer Zukunft ohne fossile Brennstoffe.

Eine bemerkenswerte Idee, wie man Städte zu mehr Umweltschutz anregen könnte, sind Wettbewerbe für grüne Städte, wie der "European Energy Award" und ähnliche Initiativen auf nationaler Ebene, wie der „Energistadt“-Wettbewerb in der Schweiz.

Es muss mit lokalen Experimenten und Pilotprojekten begonnen werden, um andere Modelle zu finden und zu testen.

Soziale und psychologische Fragen sind sehr stark mit Umweltfragen verbunden. Der Umgang miteinander hängt oft damit zusammen, wie mit der Umwelt umgegangen wird. „Wenn die ökologische Krise ein Aufbrechen oder ein Sichtbarwerden der ethischen, kulturellen und spirituellen Krise der Moderne bedeutet, können wir nicht beanspruchen, unsere Beziehung zur Natur und zur Umwelt zu heilen, ohne alle grundlegenden Beziehungen des Menschen zu heilen.“⁷

Für die Gestaltung grüner Arbeitsplätze gilt das, was im folgenden afrikanischen Sprichwort ausgesagt wird: „Wenn viele kleine Leute, an vielen kleinen Orten, viele kleine Schritte tun, wird es das Gesicht der Welt verändern.“ Diese Worte könnten das Motto für diejenige sein, denen die Nachhaltigkeit am Herzen liegt.

7 Enzyklika „Laudato si“, Papst Franziskus, 2015, § 119